

Zunächst ging Herr Neß auf die bisherige Zeitschiene von der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.2.2009 bis zur heutigen Sitzung ein. Seitens der Firma ucr sind verschiedenen Termine zur Teilnahme an Sitzungen der städtischen Gremien wegen Erkrankung des Geschäftsführers nicht eingehalten worden. Nach Karneval ist die Firma ucr an die Stadt herangetreten mit der Aussage, dass seitens der Firma ucr diese Baumaßnahmen aufgrund der Erkrankung des Geschäftsführers nicht mehr bis zum Ende abgewickelt werden könnten und gleichzeitig die Verwaltung gebeten habe, wie nun die Stadt und die Firma ucr dies einvernehmlich regeln könnten. Einen Tag später habe sich die Stadt dann sofort mit dem RA Dr. Arp in Verbindung gesetzt, um abzuklären, was nun getan werden muss und wie die Stadt es sicherstellen kann, diese Baumaßnahmen mit oder ohne die Firma ucr so schnell wie möglich zum Abschluss zu bringen.

Anschließend erläuterte Herr Dr. Arp die rechtliche Situation. In seinen Ausführungen teilte er mit, dass es keine schwerwiegenden Gründe geben würde, den Vertrag sofort zu kündigen. Daher sei es das Ziel, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen, um den Vertrag aufzulösen. Aufgrund weiterer Gespräche der Stadt mit der Firma ucr wurde von dort signalisiert, dass es zu einer einvernehmlichen Lösung kommen solle. Des Weiteren stehen dann aber noch sofortige Verhandlungen mit den Fachplanern aus, damit diese dann auch sofort weiter für die Stadt arbeiten, um die Maßnahmen zügig abzuschließen.

Bezüglich einer Zeitschiene führte Herr Neß aus, dass es vielleicht möglich sein werde bis zur nächsten Ratssitzung am 11.3.2009 einen einvernehmlichen Vertrag mit der Firma ucr abzuschließen. Mit den Subunternehmen könne erst danach verhandelt werden. Hierbei stehen vor allem die Fragen bezüglich Haftpflicht, Gewährleistung, Honorare etc im Vordergrund.

In den weiteren Ausführungen von Herrn Dr. Arp und Herrn Neß fassten diese zusammen, dass nach allen bisher geführten Gespräche und der Durchsicht der bestehenden Verträge es versucht werden sollte, einen einvernehmlichen Auflösungsvertrag mit der Firma ucr zu erreichen und dann die Subunternehmen entsprechend vertraglich an die Stadt zu binden. Deshalb sollte mit dieser Problematik so vorsichtig umgegangen werden, d.h., es darf in den nächsten Tagen nichts an die Öffentlichkeit bzw. an die Subunternehmen herangetragen werden, damit diese nicht , aus welchen Gründen auch immer, „abspringen“ würden. Hierüber herrschte Einvernehmen im Ausschuss.

In der weiteren Aussprache wurde seitens der Verwaltung auf Nachfrage mitgeteilt, dass bis heute noch keine Schlussrechnungen vorliegen und daher auch noch nicht geprüft werden konnten. Auch solle in den nächsten Tagen Unterlagen der Firma ucr an die Stadt übergeben werden, aus denen dann ersehen werden könnte, ob noch bisher für die Stadt unbekannte Nachträge seitens der bauausführenden Firmen vorliegen würden.

Seitens der Verwaltung wurde dann noch auf die noch anstehende Kostenerhöhung eingegangen. Diese sei u.a. auch darauf zurückzuführen, dass zusätzliche Bestandsmaßnahmen im Zuge dieser Umbaumaßnahmen durchgeführt werden mussten. (Hinweis: Eine Aufstellung dieser Kostenerhöhung ist am 9.3.2009 den Fraktionen zugestellt worden). Eine genaue Aufteilung der Gesamtkosten dieser Baumaßnahmen auf Erweiterungsbaumaßnahmen im Rahmen der OGS-Maßnahmen und Baumaßnahmen im Bestand kann erst nach Erstellung des Verwendungsnachweises vorgelegt werden.

In der weiteren Diskussion wurden seitens Herrn Dr. Arp noch verschiedene rechtliche Verständnisfragen bezüglich Auflösungsvertrag, sofortiger Kündigung, Insolvenz etc. beantwortet. Des Weiteren wurde nochmals sowohl seitens der Verwaltung als auch mehrerer Ausschussmitglieder dringend daraufhin gewiesen, dass hier mit den Informationen sehr sensibel umgegangen werden muss und es nicht, in welcher Weise auch immer, öffentlich gemacht wird, um die vorgesehene weitere Verfahrensweise zu gefährden.

Dann fasste der Ausschuss auf Vorschlag der Verwaltung folgenden Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die weitere von Herrn Dr. Arp vorgeschlagene Verfahrensweise zustimmend zur Kenntnis.

einstimmig

Der Ausschussvorsitzende verwies dann auf den noch zu behandelnden Antrag der CDU-Fraktion. Daraufhin wiederholte Herr Schäfer seinen Antrag, nun nochmals den öffentlichen Teil der Sitzung aufzurufen. Diesem Antrag wurde einvernehmlich zugestimmt.